

Landeshauptstadt

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

Potsdam 16/SVV/0496 Der Oberbürgermeister Betreff: öffentlich Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße", 2. Änderung Aufstellungsbeschluss Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung Erstellungsdatum 04.08.2016 Eingang 922: 05.08.2016 Beratungsfolge: Empfehlung Entscheidung Datum der Sitzung Gremium 14.09.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 1. Der Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße", ist nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 BauGB in einem 2. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2). 2. Die Festlegung der Priorität entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll für den Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße", 2. Änderung die Priorität 2 Q bestimmt werden.

| Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte: | Nein |
|--|---------|
| | □ Melli |
| Ja, in folgende OBR: | |
| ☐ Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf | |
| ☐ zur Information | |
| | |
| | |

| Finanzielle Auswirkungen? | ☐ Nein ☐ 、 | Ja | | | |
|---|--------------------|--------------------|--|--|--|
| Das Formular "Darstellung der finanziellen Auswirkungen" ist als Pflichtanlage beizufügen | | | | | |
| Fazit Finanzielle Auswirkungen: | | | | | |
| Planungs- bzw. Verfahrenskosten Mit der Einleitung des Planverfahrens sind voraussichtlich keine externen Planungskosten zu erwarten, da das Planverfahren verwaltungsintern erarbeitet werden soll. | | | | | |
| Für die fachliche Betreuung und für die Koordinierung des Planverfahrens sind verwaltungsinterne Aufwendungen zu erwarten. Die hoheitlichen Leistungen, die hierfür im Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung zu erbringen sind, können gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 BauGB nicht durch einen Dritten übernommen werden. Die im Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung zu erbringenden nicht-hoheitlichen Leistungen sollen, da das Planverfahren im öffentlichen Interesse liegt, ebenfalls nicht einem Dritten übertragen werden. Auch diese Leistungen sollen daher verwaltungsintern erbracht werden. | | | | | |
| Realisierungskosten und mögliche Folgekosten Angaben zur weiteren zeitlichen Abwicklung und Umsetzung des Planverfahrens sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, da erst im Laufe des Planverfahrens eine weitere Konkretisierung erfolgt. Mit der Umsetzung der Planung ist jedoch nicht vor 2017 zu rechnen. | | | | | |
| Genauere Angaben zu den zu erwartenden Realisierungskosten und zu möglichen Folgekosten werden im Laufe der Erarbeitung des Planverfahrens erfolgen | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| Oberbürgermeister | Geschäftsbereich 1 | Geschäftsbereich 2 | | | |
| | Geschäftsbereich 3 | Geschäftsbereich 4 | | | |
| | | | | | |

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

| Wirtschaftswachs- tum fördern, Arbeitsplatzan- gebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30 | Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10 | Gute Wohnbe- dingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20 | Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20 | | Wirkungs- index Demografie | Bewertung Demografie- relevanz |
|---|--|--|---|---|----------------------------------|--------------------------------------|
| | | | | 2 | 40 | geringe |

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Aus aktuellem Anlass besteht das Erfordernis, für den Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße" ein Änderungsverfahren aufzustellen. Nähere Informationen zur bestehenden Situation, zum Planungsanlass und zur Erforderlichkeit der Planung sowie zu den Planungszielen und zum Planverfahren ergeben sich aus folgenden Anlagen zu dieser Beschlussvorlage:

Anlagen:

| Anlage 1 | Aufstellungsbeschluss | (2 Seiten) |
|----------|-----------------------|------------|
| Anlage 2 | Geltungsbereich | (1 Seiten) |
| Anlage 3 | Prioritätenfestlegung | (1 Seiten) |

Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße", 2. Änderung, Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 des Baugesetzbuchs (BauGB) die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße".

Der räumliche Geltungsbereich des zu ändernden Bebauungsplans umfasst das Gebiet in den folgenden Grenzen:

im Norden: Schräger Weg

im Nordosten: durch eine kreisförmige Verbindungslinie zwischen Schrägen Weg und

Florastraße

im Südosten: Florastraße im Südwesten: Hügelweg

im Nordwesten: durch eine Parallele nordwestlich der Gutsstraße.

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 17,4 ha. Die Lage des Plangebietes ist im beigefügten Kartenausschnitt dargestellt (Anlage 2).

Bestehende Situation

Das Plangebiet liegt im Nordosten von Bornim und ist Teil des Nordraums von Potsdam.

Der Bebauungsplan Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße" ist seit der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 11 vom 16.09.1993 der Landeshauptstadt Potsdam rechtsverbindlich. Er wurde teilweise durch die 1. Änderung, die mit der Veröffentlichung im Amtsblatt 5/2006 rechtverbindlich wurde, geändert.

Der Bebauungsplan und der Teilbereich der 1. Änderung enthalten örtliche Bauvorschriften, die die Gestaltung von baulichen Anlagen regeln.

Planungsanlass und Erforderlichkeit der Planung

Innerhalb der Änderungen des Bebauungsplans ist durch textliche Festsetzung die Gestaltung von baulichen Anlagen wie folgt geregelt:

"Im Geltungsbereich des Bebauungsplans und der 1. Planänderung sind Dachneigungen nur von 40° bis 50°zulässig. Außenwände von oberirdischen baulichen Anlagen sind nur in Verblendmauerwerk und in Putzausführung zulässig. Fenster und Türen müssen ein stehendes rechteckiges Format haben."

Das bedeutet, bei jeglichen oberirdischen Anlagen, neben den Wohngebäuden also auch Garagen und Nebenanlagen wie z.B. Schuppen und Gartengerätehäuschen müssen die genannten Festsetzungen berücksichtiget werden.

In der Umsetzung des Bebauungsplans in den vergangenen Jahren hat sich aber gezeigt, dass eine strikte Durchsetzung dieser Festsetzung zum einen vielfach auf Unverständnis bei den betroffenen Bürgern stößt, zum anderen auch eine Beseitigung nicht festsetzungskonform ausgeführter Nebenanlagen mit den verfügbaren personellen Ressourcen nicht zu leisten ist. Des Weiteren wird bei Betrachtung der baulichen Ergebnisse innerhalb des Plangebietes deutlich, dass eine Beschränkung der Festsetzung auf bauliche Hauptanlagen ausreichend wäre, um die angestrebte Gestaltqualität in dorftypischer Erscheinungsform zu sichern. Die Beibehaltung der Festsetzung für alle oberirdischen baulichen Anlagen wird daher als nicht notwendig angesehen.

Planungsziele

Intention der 2. Planänderung ist die Eingrenzung der gestalterischen Festsetzungen zu Dachneigung, Außenwandmaterialien und Fensterformaten auf bauliche Hauptanlagen

(Wohnhäuser). Für die Erreichung des durch den Bebauungsplan beabsichtigten Ortsbildes ist dies hinreichend und in der Umsetzung durchführbar.

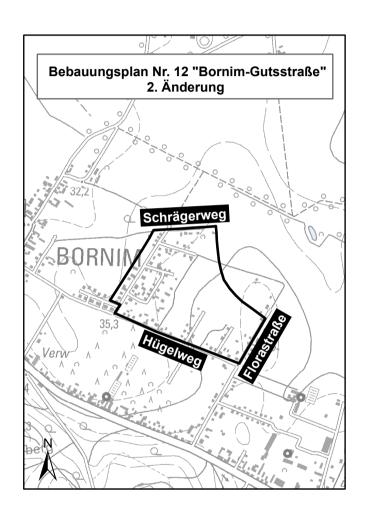
Durch die beabsichtigte Planänderung werden die Grundzüge der Planung nicht berührt. Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen sollen unverändert bleiben.

Mit der Anpassung der Textlichen Festsetzung werden keine umweltrelevanten Belange berührt.

Gesetzliche Voraussetzungen für den Bebauungsplan

Die gesetzlichen Grundlagen für die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße" gemäß § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 und § 13 BauGB liegen vor, zur städtebaulichen Ordnung und Entwicklung ist das Bauleitplanverfahren erforderlich.

Die Änderung des Bebauungsplans ist mit den Grundsätzen des § 1 Abs. 5 BauGB vereinbar. Der zu ändernde Bebauungsplan entspricht in seinen Zielen und Zwecken dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam.



Prioritätenfestlegung für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße"

In dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung ist festgelegt worden, zukünftig mit jeder Neueinbringung von Beschlussvorlagen für die Stadtverordnetenversammlung zu Aufstellungsbeschlüssen von Verfahren der Verbindlichen Bauleitplanung eine Festlegung herbeizuführen, mit welcher Priorität das jeweilige Planverfahren betrieben werden soll.

Für das hier vorliegende Bauleitplanverfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 "Bornim-Gutsstraße" soll die Prioritätenstufe 2 Q festgelegt werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Planverfahrens und die besonderen Bedingungen für seine Durchführung, insbesondere die hier vorgesehene Investitionsvorbereitung zugunsten des Wohnungsbaus, lassen eine Einordnung dieses Planverfahrens in die Prioritätenstufe 2 angemessen erscheinen. Dringlichkeitsaspekte, die eine Einordnung in die Prioritätenstufe 1 und die entsprechende Herausnahme eines anderen Verfahrens aus der Prioritätenstufe rechtfertigen würden, liegen nicht vor.